



Siemensring 54
76761 Rülzheim
Telefon 07272/3648
Telefax 07272/76612
e-Mail:
Stiftung-fuer-Oekologie-
u-Demo@t-online.de

www.stiftung-oekologie-u-demokratie.de

VR – Bank Südpfalz
BLZ: 548 625 00
Konto Nr.: 2000 – 19410
11. September 2013

Presseerklärung zum

„Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft 2013“ (12. September)

Ritter: Lehren aus Banken-, Finanz- und Klimakrisen ziehen und durch Entwicklung hin zu einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft lösen

„Es ist zwingend erforderlich, dass die nächste Bundesregierung die Soziale Marktwirtschaft klar in Richtung einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt“, erklärt der Vorsitzende der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V., Hans-Joachim Ritter, zum „Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft“ (12. September 2013).

Dazu seien die richtigen Rahmenbedingungen erforderlich, um unserer Marktwirtschaft die notwendigen ökologischen und sozialen Leitplanken zu geben. Nur wenn diese stimmen, können sich auch die Wirtschaft und damit die Finanzen und die soziale Lage in einer Weise entwickeln, die dauerhaft zukunftsfähig sei.

Konkret gehören nach Auffassung der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. dazu unter anderem die folgenden zentralen Elemente:

- Weiterer Subventionsabbau und eine ökologische Neujustierung des Steuer- und Finanzsystems einschließlich der Rücknahme von Ausnahmeregelungen bei der Ökologischen Steuerreform. Der Umfang der Industrieausnahmen bei der Energie- und Stromsteuer steigt seit 2005 kontinuierlich an und wird 2014 voraussichtlich mindestens 16,2 Mrd. Euro betragen. Der Großteil der anfallenden Kosten muss durch die übrigen Stromkunden finanziert werden, wie eine aktuelle Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) (<http://www.foes.de/pdf/2013-09-Industrieausnahmen-2005-2014.pdf>) zeigt.

Vorstand

Vorsitzender: Hans-Joachim Ritter, Rülzheim; stellv. Vorsitzender: Manfred Hennig, Zweibrücken; Schatzmeister: Ulrich Brehme, Osnabrück

Mitglieder des Kuratoriums

Dr. Franz Alt, Baden-Baden; Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, Speyer; Hermann Benjest, Asendorf; Mathias Berkel, Ludwigshafen; Josef Berker, Wachenheim; Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger, St. Gallen (Schweiz); Bundesminister a.D. Dr. Norbert Blüm, Bonn; Prof. Dr. Klaus Buchner, München; Oberbürgermeister Hansjörg Eger, Speyer; Prof. Dr. Kurt Eggert, Heidelberg; Prof. Dr.-Ing. Manfred Norbert Fisch, Leonberg; Bundesminister a.D. Dr. Heiner Geißler, Gleisweiler; Baron Georg-Enoch Freiherr von und zu Guttenberg, Guttenberg; Weihbischof Ernst Gutting, Speyer; Horst Haitzinger, München; Günter Hannich, Lappersdorf; Dr. Sigrid Hopf, München; Dr. Hans Kronberger, Wien (Österreich); Prof. Dr. Heinrich Frhr. von Lersner, Berlin; Prof. Dr. Dietfried Günter Liesegang, Heidelberg; José Lutzenberger, Umweltminister a.D., Porte Alegre-RS (Brasilien); Hans Mangold, Kempten; Dr. Rainer Matejka, Kassel; Günter Nooke, Berlin; Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher, Ulm; Vizekanzler a.D. Dipl.-Ing. Dr. Josef Riegler, Graz (Österreich); Hans-Joachim Ritter, Rülzheim; Kai Schlegelmilch, Berlin; Prof. Dr. Anton Schneider, Neubeuern; Prof. Dr. Hans See, Maintal; Prof. Dr. Josef Seifert, Triesenberg/Vaduz (Liechtenstein); Prof. Dr. Michael Succow, Wackerow; Wolfgang Templin, Berlin; Antoine Waechter, Fulleren (Frankreich); Oberbürgermeisterin a.D. Beate Weber-Schuerholz, Heidelberg; RA Prof. Dr. Edgar Weiler, Frankfurt a.M.; Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner, Heidelberg

„Ökologia“ – Botschafterin der Ökologie 2013: Sr. Philippa Rath OSB

Träger des „Goldenen Baumes“ 2012: Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher

Träger des „Europäischen Friedenspreises“ 2007: Jean-Claude Juncker, Premierminister des Großherzogtums Luxemburg

- Umweltschädliche Subventionen sollten abgebaut werden. Bereits 2001 kam die OECD in ihrem Umweltprüfbericht für Deutschland zu dem Ergebnis, dass hierzulande etwa 35 % der Subventionen als potenziell umweltschädlich gelten. Das Umweltbundesamt hat im Jahr 2010 eine Studie herausgegeben <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4048.pdf>, wonach sich die umweltschädlichen Subventionen auf mehr als 48 Milliarden Euro jährlich belaufen. Dieser Betrag übersteigt ein Vielfaches die umweltfreundlichen Subventionen von 4,3 Milliarden Euro.
- Das wohl mächtigste Instrument zur Umsteuerung hin zu einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft, sei die Regulierung durch den Preis. Der Preis von Gütern und Dienstleistungen werde in viel zu geringem Maße genutzt. Der Anteil der umweltrelevanten Besteuerung sei seit 1970 von 6 % auf 4,9 % (Steuerschätzung Mai 2010) gesunken. Mit einer kontinuierlichen Verteuerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs durch eine linear steigende Energiesteuer auf fossile Energien und Rohstoffe könnten zugunsten des Energiesparens und des Einsatzes erneuerbarer Energien günstigere Rahmenbedingungen geschaffen werden.
- Energieeffizienz und erneuerbare Energien müssen nach wie vor die zentralen Elemente der Energiewende sein, die nicht durch verzögerten Leitungsausbau behindert werden dürfen. Im Vergleich zu den volkswirtschaftlichen Kosten konventioneller Stromerzeugung schneiden erneuerbare Energien eindeutig besser ab. Bis zum Jahr 2030 werden sich die gesamtwirtschaftlichen Kostenvorteile der Energiewende auf insgesamt rund 54 Milliarden Euro belaufen wie aus der aktuellen FÖS-Studie „Was die Energiewende wirklich kostet“ hervorgeht, die im Auftrag von Greenpeace Energy erstellt wurde (<http://www.foes.de/pdf/2013-09-Studie-Was-die-Energiewende-wirklich-kostet.pdf>, "Was die Energiewende wirklich kostet", Pressemitteilung von Greenpeace Energy: <http://www.greenpeace-energy.de/presse/pressdetails/article/schneller-ausbau-lohnt.html>).
- Auch die Zusatzkosten von Strom aus konventionellen Energieträgern außerhalb des Strompreises sind laut einer Studie des FÖS im Auftrag von Greenpeace Energy eG sehr hoch. So belaufen sich die „versteckten Kosten“ der konventionellen Energieträger wie Atomkraft und Kohle, die im Strompreis bisher nicht abgebildet sind, im Jahr 2012 auf rund 40 Milliarden Euro (<http://www.foes.de/pdf/2013-08-Factsheet-Zusatzkosten-Konventionelle-Energien.pdf>).
Dieser Kurzinformation liegt eine umfassende Studie aus dem Jahr 2012 zugrunde ([http://www.foes.de/pdf/2012-08-was Strom wirklich kostet lang.pdf](http://www.foes.de/pdf/2012-08-was_Strom_wirklich_kostet_lang.pdf)).
- Nicht die Energiewende, sondern das steigende Vermögens- und Einkommensgefälle in Deutschland müsse durch Abbau der Industrievergünstigungen, Energiekostenzuschüsse für Bedürftige und eine Anhebung der Sozialtransfers bekämpft werden. Die Kosten der Energiewende müssten gerechter verteilt werden. So ließe sich die EEG-Umlage 2014 durch eine Reform der aktuell umfangreichen und teilweise ungerechtfertigten Industrieprivilegien erheblich senken, so dass die Stromrechnung der privaten Haushalte sinken würde (http://www.foes.de/pdf/2013_06_EEG_Umlage_Industrieverguenstigungen_aktualisiert_final.pdf).

- Im Gebäudebereich ist neben der absehbaren Verschärfung der EnEV aufgrund der EU-Energierichtlinie primär auf steuerliche Anreizsysteme wie die Weiterentwicklung der Ökologischen Steuerreform durch z.B. eine vorausschaubare Erhöhung der Heizstoffsteuer zu setzen, begleitet z.B. von Modellvorhaben, Förderprogrammen und der Einführung von energetischen Standards in Mustermietverträgen.
- Von den 39,5 Mio. Wohnungen in Deutschland befinden sich außer den Neubauwohnungen der letzten Jahre die meisten in einem in energetischer Hinsicht unsanierten Zustand. Um hier eine Breitenwirkung zur Einsparung von Energie und CO₂-Emissionen zu entfachen, wird zudem die Einführung einer steuerlichen Abschreibung im Einkommensteuerrecht befürwortet. Denn der Energieausweis ist zwar ein richtiger Schritt zu mehr Markttransparenz. Doch reicht er nicht aus, um insbesondere den Altgebäudebestand flächendeckend zu sanieren.
- Ausweitung und Erhöhung der LKW-Maut auf Bundesautobahnen und allen autobahnähnlich ausgebauten Bundesstraßen und Umbau der Kfz-Steuer auf die CO₂-Emissionen wie im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgeschrieben.
- Stärkere Anwendung fiskalischer Instrumente im Flugverkehr. Bisher ist der Flugverkehr von der Energie- und der Mehrwertsteuer befreit (nur für Inlandsflüge werden 7% Mehrwertsteuer erhoben). Seit 2012 wird er zwar in den Emissionshandel einbezogen, aber Zertifikate werden kostenlos vergeben und die Einbeziehung ist derzeit ausgesetzt, um sinnvollerweise eine internationale Lösung zu forcieren. Gegenüber dem Schienenverkehr bleibt damit eine Wettbewerbsverzerrung. Daher ist die derzeitige Luftverkehrsteuer ein zentrales Element, insbesondere solange eben andere Maßnahmen wie die effektive Einbeziehung in den Emissionshandel, die Einführung einer Kerosinsteuer und die volle Mehrwertbesteuerung nicht umgesetzt werden, was jedoch dringend erforderlich ist.

Im Jahr 2000 hat die Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. gemeinsam mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Dr. Werner Müller den Gründungstag der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V., den 12. September, als „Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft“ ausgerufen. Seit ihrer Gründung vor 20 Jahren setzt sich die Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. dafür ein, dass dem ökologischen Strukturwandel mit marktwirtschaftlicher Dynamik zum Durchbruch verholfen wird. Sie stützt sich dabei auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse ihres Kuratoriumsmitglieds, des Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger aus St. Gallen, der schon 1983 mit seinem Werk „Arbeit ohne Umweltzerstörung“ die Grundzüge einer ökologischen Steuerreform skizziert hat und als „Vater der ökologischen Steuerreform“ gilt. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war die Grunderkenntnis, dass das, was teuer ist, eher zum Sparen als zur Verschwendung anregt. So entwickelte er – gestützt auf dem Verursacherprinzip – die Idee einer Energiebesteuerung bei gleichzeitiger Entlastung der Lohnnebenkosten zur Erzielung einer Aufkommensneutralität auf nationaler Ebene.

Bei einer Fachkonferenz "Energieeffizienz - unverzichtbarer Baustein der Energiewende „Welchen Beitrag können ökonomische Instrumente leisten?“ des FÖS am 25. September 2013 in Berlin wird die Frage diskutiert, welche Rolle insbesondere ökonomischen Politikinstrumenten bei der Ausgestaltung dieser Rahmensetzung zukommen sollte. Welche marktwirtschaftlichen und ordnungsrechtlichen Maßnahmen sorgen in den unterschiedlichen Sektoren für einen optimalen Policy-Mix?

Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie hier:

<http://www.foes.de/veranstaltungen/dokumentationen/2013/berlin-25092013/?lang=de>